

25.04.2013

Integrationsausschuss

Arif Ünal MdL

Einladung

11. Sitzung (öffentlich)
des Integrationsausschusses

am Mittwoch, dem 8. Mai 2013,

mittags, 13.00 Uhr – max. 15.30 Uhr, E 3 – D 01

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Die Einladung ergeht nachrichtlich an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Gemäß § 52 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

1. Bericht zur Anwendung des § 25a Aufenthaltsgesetz

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

2. Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa unter Einbeziehung des Aspektes der ab 1. Januar 2014 geltenden Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien

- Zuziehung von Sachverständigen

bitte wenden!

3. Verschiedenes

gez. Arif Ünal
- Vorsitzender -

F. d. R.

Sascha Symalla
Ausschussassistent

Anlagen:
Verteiler
Fragenkatalog

Sachverständigengespräch des Integrationsausschusses

**„Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa unter Einbeziehung des Aspektes
der ab 1. Januar 2014 geltenden Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien“**

8. Mai 2013, 13.00 Uhr, Raum E 3 – D 01

Verteiler

Frau
Diane Jägers
Dezernentin für Recht, Sicherheit und
Ordnung
Stadt Bochum
Bochum

Stadt Duisburg
Herrn Stadtdirektor
Reinhold Spaniel
Duisburg

Frau
Prof. Dr. Dorothee Frings
Hochschule Niederrhein
Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialrecht
für die Soziale Arbeit
Mönchengladbach

Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum
Köln e. V.
Herrn Kai Diekelmann
Köln

Herrn
Claudius Voigt
GGUA Flüchtlingshilfe
Münster

ROM e.V.
Köln

Frau
Henriette Reker
Stadt Köln, Dezernat V
Soziales, Integration und Umwelt
Stadthaus Deutz - Westgebäude
Köln

Stadt Dortmund
Frau Stadträtin
Birgit Zoerner
Dortmund

Dr. Elizabeta Jonuz
Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät
Erziehungs- und Sozialwissenschaften
ESO - Institut II
Institut für vergleichende Bildungsforschung
und Sozialwissenschaften
Köln

Herrn
Karl-August Schwarthans
AWO-Integrations gGMBH
Duisburg

Montag Stiftung Urbane gAG
Bonn

ZOF e. V.
Deniz Aksen
Duisburg

Zuziehung von Sachverständigen des Integrationsausschusses

"Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa unter Einbeziehung des Aspektes der ab 1. Januar 2014 geltenden Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien"

am 8. Mai 2013

13.00 Uhr, Raum E 3 – D 01

Fragenkatalog

1. Können Sie Aussagen zur Rechtslage bezüglich der aufenthaltsrechtlichen Situation, zum Arbeitsmarktzugang und zu Sozialleistungsansprüchen machen?
2. Wie stellt sich die Bildungssituation für die schulpflichtigen Kinder der bulgarischen und rumänischen Migrantinnen und Migranten dar?
3. Wie stellt sich der Ausbildungsstand der bulgarischen und rumänischen Migrantinnen und Migranten dar?
4. Welche Maßnahmen der Landesregierung wären geeignet, um die Bildungs- und Qualifizierungssituation für Roma und Sinti zu verbessern?
5. Können Sie einschätzen, inwieweit Bildung innerhalb dieser Zuwandererinnen und Zuwanderer als Aufstiegschance angestrebt wird?
6. Wie bewerten Sie den Gesundheitszustand der hier ankommenden Einwandererinnen und Einwanderer? Lässt sich die Annahme, ein Großteil sei aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig, belegen?
7. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die drängendsten Probleme zu lösen?
8. Welche konkreten Maßnahmen halten Sie ad hoc für unbedingt notwendig, um der zunehmend prekären Situation entgegenzusteuern?
9. Soweit es sich bei den Hilfe Suchenden um Roma handelt – gibt es Besonderheiten zu beachten, was Probleme und Problemlösungen betrifft?
10. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht mittel- und langfristig notwendig, um eine nachhaltige Integration dieser Einwandererinnen und Einwanderer zu ermöglichen?
11. Gibt es vor Ort eine Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen aus dem Bereich Roma und Sinti oder anderen Gruppen?
12. Welche Maßnahmen wären geeignet, um antiziganistische Ressentiments in der Bevölkerung zu bekämpfen? Was würden Sie konkret vorschlagen?
13. In Duisburg gibt es den AK Neu-EU-Bürger. Was für Angebote gibt es? Werden die Angebote wahrgenommen? Wie wirkt sich dessen Arbeit aus? Wie könnte die Landesregierung die sinnvollen Maßnahmen der Initiativen unterstützen?

14. In Dortmund gibt es das Netzwerk EU-Armutszuwanderung. Was für Angebote gibt es? Werden die Angebote wahrgenommen? Wie wirkt sich dessen Arbeit aus? Wie könnte die Landesregierung die sinnvollen Maßnahmen der Initiativen unterstützen?
15. Welche Problemlösungen werden momentan durch die Landesregierung den betroffenen Städten angeboten? Wie werden diese Angebote angenommen? Gibt es Nachbesserungsbedarf bei den konkreten Angeboten?
16. Wie bewerteten Sie folgende Forderungen des Städtetags (Positionspapier):
„Unterbindung der Armutszuwanderungen“,
Schaffung einer „eigenen Strategie zur EU-Armutszuwanderung in Deutschland“
Verbesserung der Datenlage, Änderung des Melde- und Gewerberechts
„Prüfung, ob auskömmliche Lohnuntergrenzen zur Unterbindung ausbeuterischer Strukturen geschaffen werden können“
17. Mit welchen Kosten für die Kommunen ist Ihrer Einschätzung nach zu rechnen?
18. Welche sozialen, ökonomischen und rechtlichen Probleme sind für bulgarische und rumänische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland durch die Beschränkung ihrer Arbeitnehmerfreizügigkeit entstanden?
19. Ab dem 1.1.2014 sind bulgarische und rumänische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Arbeitsmarktzugang Deutschen und anderen EU-Bürgern gleichgestellt: Welche sozialen Probleme, z. B. ausbeuterische illegale Beschäftigungen oder Ausnutzung der prekären Situation durch Vermieterinnen und Vermieter, werden durch den Wegfall der Vorrangprüfung obsolet?